



UNSERE
STADT.
UNSERE
LIEBE.

B. BOLL

Solinger Tageblatt

200

JAHRE

23

Die Mächtigen immer im Blick

PRESEFREIHEIT Ob Korruptionsverdacht oder Radikalismus: Die ST-Journalisten sind wachsam. Und verteidigen ihr Verfassungsrecht, frei zu berichten.

Von Wolfgang P. Getta, Hans-Peter Meurer und Stefan M. Kob

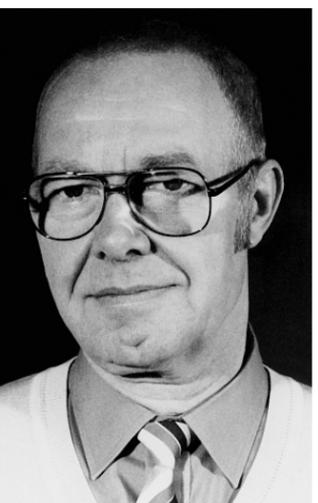
„Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“, besagt Artikel 5 des Grundgesetzes. Der Schutz von Informanten gehört unbedingt zu diesem Recht. Darüber zu wachen, ist eine der vornehmsten Aufgaben von Journalisten.

Ein bundesweit beachtetes Beispiel liefert das Tageblatt 1962. „ST-Redakteur sollte in Beugehaft“ heißt es am 31. Oktober auf der Titelseite. Wirtschaftsredakteur Leo Bermel ist – weil er den Namen eines Informanten nicht preisgibt – von einem Amtsrichter zu 200 Mark Ordnungsstrafe, ersatzweise zehn Tage Haft verurteilt worden. Zur Erzwingung der Aussage ist die sofortige Inhaftierung angeordnet. Weil er Beschwerde einlegt, bleibt er vorerst frei.

Hintergrund: Bermel hat im ST gemeldet, dass die Bezirksregierung zwecks Verlagerung von Gesenkschmieden einen Sonderausschuss gebildet hat. Tags darauf berichtet er von einer geheimen Aussprache im Rathaus zu diesem Thema.

Beugehaft-Drohung sorgt bundesweit für Aufsehen

Die Informationen könne Bermel nur durch Indiskretionen erfahren haben, mutmaßt man im Rathaus. Oberstadtdirektor Gerhard Berting bekommt den Auftrag zu ermitteln. Da Bermel sich weigert, Informanten zu nennen, erwirkt Berting eine richterliche Vernehmung. Am 17. November 1962 veröffentlicht das ST eine Sonderseite zu den „Grundrech-



Redakteur Leo Bermel schützte 1962 seinen Informanten – und sollte deshalb ins Gefängnis. Fotos: Archiv

ten der Presse“. Ausführlich werden die Berichte namhafter Zeitungen – vom „Handelsblatt“ bis zur „Süddeutschen Zeitung“ – wiedergegeben. Am 23. November erfahren die Leser: „ST-Redakteur muss nicht in Beugehaft“. Berting zieht den Antrag zurück. Im Januar 1963 hebt das Landgericht nicht nur den amtsrichterlichen Beschluss auf, sondern erklärt auch Bertings Amtshilfeersuchen für unzulässig.

Affäre „Hoppenböcken“ bringt Stadtdirektor zu Fall

Als „Grundstücksaffäre Hoppenböcken“ ging ein Skandal in die Geschichte ein, den das ST 1976 öffentlich machte und der dem damals mächtigen Mann der Stadtverwaltung – Stadtdirektor, Kämmerer und Liegenschaftsdirektor Dr. Wolfram Kessler (CDU) – letztlich den Kopf kostete. In den Bebauungsplanunterlagen Eichenstraße/Hoppenböcken waren SPD-Politikern merkwürdige Abweichungen aufgefallen. Nach umfangreichen Recherchen zündet das ST am 23. Januar die politische Bombe: ein Bericht über einen dubiosen „Grundstücktausch“. Danach verkaufte die Stadt zum Spottpreis von 15 Mark pro Quadratmeter ein Grundstück in Hoppenböcken an die LBS, das inzwischen als Bauland ein Vielfaches wert war. Im Gegenzug erwarb die Stadt Grünland im Nacker Bachtal, ebenfalls unter Wert. Mit diesem gegenseitigen „Herunterrechnen“ versucht Kessler das seltsame Geschäft zu rechtfertigen. „Ajax“, so Kesslers Spitzname nach einem griechischen Helden im Trojanischen Krieg, wehrt sich gegen alle Vorwürfe.

Doch die Oberstaatsanwaltschaft sieht den Fall nach umfangreichen Ermittlungen anders: Sie klagt den Spitzenbeamten wegen Untreue und Betrugs an. Sie geht davon aus, dass sich Kessler das Grundstück über die LBS billig selbst verschaffen wollte. Das Hauptverfahren wird allerdings nie eröffnet, weil das Gericht zwar eine Täuschung sieht, aber keinen Schaden, der der Stadt entstanden ist.

Juristisch wurde der Fall also nie geklärt, wohl aber politisch. Im Laufe der Affäre lässt die CDU ihren Mann fallen: Er muss seine Ambitionen aufgeben, die Nachfolge von Oberstadtdirektor Fischer anzutreten.

Gegen braune Aktivitäten in unserer Stadt

Zu den publizistischen Grundätzen des ST gehört die Ablehnung von Rechts- und Linksradikalismus. So befasst sich ein Re-



Als die Staatsanwaltschaft 1996 Tageblatt-Fotos von einer Protestaktion im Rat beschlagnahmte, protestierten die deutschen Zeitungsverleger einhellig.

dakteur seit Jahren mit braunen Umtrieben in unserer Stadt. Nachdem in den 80er Jahren in Wald vermehrt Hakenkreuz-Schmierereien an Haus- und Garagenwänden auftauchten, führten ST-Recherchen zu einer Gruppe Neonazis, die sich in einer Privatwohnung trafen. Sie sprachen gezielt Schüler an und wollten unter dem Deckmantel eines angeblichen Pfadfindervereins eine Jugendgruppe gründen. Das ST verhinderte dies durch seine Veröffentlichungen. Die Staatsanwaltschaft ermittelte.

Berichte über „Hak Pao“ schlagen hohe Wellen

Nachdem ST-Leser Mitte der 80er Jahre mehrfach „paramilitärische Übungen“ einer Gruppe uniformierter junger Männer in den Wupperbergen gesehen hatten, sorgten auch hier ST-Recherchen dafür, dass eine weitere Gruppe Heranwachsender aus Solingen und Umgebung enttarnt wurde. Ermittlungen des vom ST eingeschalteten Verfassungsschutzes ergaben, dass es sich um eine neue Gruppierung einer rechtsradikalen Jugendorganisation handelte – der 1985 von Meinolf Schönborn gegründeten Nationalistischen Front (NF). Und als zufällig jener ST-Redakteur in Bielefeld auf einem Zeitungsfoto Mitglieder der damaligen Solinger Kampfsportgruppe „Hak Pao“ erkannte, stand schnell fest: Mitglieder der Gräf-

rther Kampfsportschule hielten auf Schönborns Grundstück nicht nur „Sicherheitswache“, sondern es gab wechselseitige Beziehungen. So hatten sich die NF-Kader mehrfach in einer Gräfrather Kampfsportschule getroffen. Hier trafen sich auch bundesweit bekannte Alt- und Neo-Nazis.

Die Enthüllungen über „Hak Pao“ brachten NRW-Innenminister Herbert Schnoor (SPD) in Bedrängnis: Bei „Hak Pao“ trainierte der rechtsradikale „Deutsche Hochleistungs Kampfkunstverband“ (DHKKV). Die radikale Schlägerclique war eine Abspaltung der verbotenen Nationalistischen Front. Drei der vier Solinger Brandstifter von der Unteren Wernerstraße waren ebenfalls regelmäßig im „Hak Pao“. Nach dem Anschlag vom 29. Mai 1993 hatte Schnoor noch verkündet, es gebe keine Anhaltspunkte für organisier-

ten Rechtsextremismus in Solingen. Dass der Leiter von „Hak Pao“, der Kampfsportler Bernd Schmidt, ein V-Mann des nordrhein-westfälischen Staatsschutzes war, dementierte das Ministerium hartnäckig. Erst im Prozess zum Brandanschlag wurde Schmidt offiziell enttarnt.

Immer wieder Angriffe auf die Pressefreiheit

Als im Februar 1996 die Wuppertaler Staatsanwaltschaft in der Tageblatt-Redaktion Fotos beschlagnahmte, die während einer Hausbesetzer-Protestaktion im Solinger Stadtrat aufgenommen worden waren, war die Reaktion der deutschen Zeitungsverleger eindeutig: Sie kritisierten vehement den „elementaren Angriff auf die Pressefreiheit“.

Ein anderer beispielhafter Fall: Mitte der 90er Jahre sollte ein Handwerker unentgeltlich im Privathaus eines Stadt-Bediensetzten der Bauunterhaltung unter anderem ein Badezimmer eingebaut haben. Das ST recherchierte, schaltete die Staatsanwaltschaft ein. Der städtische Bedienstete, der kurz vor der Pensionierung stand, kassierte wegen Vorteilsnahme eine Haftstrafe auf Bewährung und eine Geldbuße.

„Ich lese gerne das Solinger Tageblatt, weil ich dort umfassend informiert werde.“



Außerdem finde ich die Berichterstattung in den Bereichen Jugend, Familie und Soziales, also in meinem Arbeitsfeld, sehr gut und engagiert.“

Bernd Böhm Awo-Geschäftsführer

Kinder sind unsere Zukunft! ANZEIGE

Jede Wette „Sehen auch“



Wir feiern 80-Jähriges! – 1929 gründete Max Jacobs das Augen-Optikfachgeschäft, das seit 1971 von Christian Wette in der Solinger-City, Alter Markt, geführt wird!